

Für eine solidarische Uni! Resolution der Vollversammlung der Sozialökonomie vom 24.06.2020

- Als Vollversammlung der Sozialökonomie solidarisieren wir uns ausdrücklich durch diese am 24.06.2020 gefasste Resolution mit der Resolution der Vollversammlung der Sozialwissenschaften vom 16.06.2020 und unterstützen diese durch nachfolgende, daran angelehnte Resolution. -

„Ziel universitärer Lehre ist es, Bildung durch Wissenschaft zu ermöglichen. Das schließt die Aufgabe ein, alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Studierenden hohe wissenschaftliche Kompetenz erwerben, ihre Fähigkeiten selbsttätig entfalten und sich als mündige Mitglieder der Gesellschaft weiterentwickeln können, die bereit und in der Lage sind, an deren sozial und ökologisch nachhaltiger, demokratischer und friedlicher Gestaltung maßgeblich mitzuwirken und für ihre Zukunftsfähigkeit Verantwortung zu übernehmen.“ (Leitbild Lehre, beschlossen durch den Akademischen Senat der Universität Hamburg auf seiner 719. Sitzung am 10.07.2014)

"Die Universität ist ein Ort der Begegnung. Wissen, Erkenntnis, Kritik, Innovation: All dies entsteht nur dank eines gemeinsam belebten sozialen Raumes. Für diesen gesellschaftlichen Raum können virtuelle Formate keinen vollgültigen Ersatz bieten. Sie können womöglich bestimmte Inhalte vermitteln, aber gerade nicht den Prozess ihrer diskursiven, kritischen und selbständigen Aneignung in der Kommunikation der Studierenden." (Offener Brief "zur Verteidigung der Präsenzlehre, unterzeichnet von über 4000 Dozierenden, www.praesenzlehre.com)

Die Uni ist ein Raum, der kritische Potenziale birgt, die Komplexität der Verhältnisse zu verstehen, um diese mit gemeinwohlorientiertem Anspruch zu verändern. Um diese Möglichkeiten zu entfalten, gilt es in der aktuellen Lage mehr denn je – gegen die neoliberalen Zurichtung von Wissenschaft auf arbeitsmarktförmige Ausbildung sowie der kapitalkonformen Verwertbarkeit der Forschung, für emanzipatorische Bildung und solidarische Alternativen einzugreifen. Die Ursachen der Covid-19-Krise müssen als Teil der allgemeinen Gesellschaftskrise in den Wissenschaftsinhalten (Lehre und Forschung) behandelt werden. Wir wollen die Universität öffnen – sowohl für all ihre Mitglieder, als auch für die gesellschaftlichen Probleme – beides, um zu Lösungen beizutragen.

Diese Möglichkeit und dieser Auftrag machen sie system- bzw. systemänderungsrelevant. Wir durchleben gegenwärtig laut Prognose des IWF die tiefste Krise seit der großen Depression, die die ohnehin schon massive soziale Ungleichheit noch einmal kräftig zuspitzt: hier genannt werden können u.a. Arbeitslosigkeit, Existenznöte, psychische Leiden, häusliche Gewalt, Diskriminierung. Das wird von vielen Kräften erkannt und Alternativen formiert: UN-Generalsekretär Guterres fordert einen globalen Waffenstillstand zur Krisenbewältigung und warnt vor einem globalen Lebensmittel-Notstand, und weltweit agieren soziale Bewegungen für eine grundlegende, solidarische Gesellschaftstransformation. Die bisher gewählten Bewältigungsstrategien (von minimalen Studi-Hilfen bis hin zu Konjunkturpaketen u.a. zur "Rettung" von Großunternehmen) sind demgegenüber völlig unzureichend und versuchen den neoliberalen Status quo zu retten. Im Bewusstsein ihrer gesellschaftlichen Verantwortung fordert die Vollversammlung daher:

1. Coronasemester zum Solidarsemester machen! Die soziale Lage von Studierenden hat sich durch Corona erheblich verschlechtert. So geben 40% aller Studierenden an einen Job verloren zu haben, 22% konnten Miete und Rechnungen nicht wie gewohnt zahlen und mussten sich Geld leihen, jede*r Dritte wiederum macht sich sehr große finanzielle Sorgen. Um dies abzufedern, muss eine angemessene soziale Unterstützung der Studierenden – restriktionsfrei und bedingungslos – von 1.000 € monatlich eingerichtet werden. Anstatt mit weiterhin hohem Prüfungsdruck und reiner Onlinelehre

die Lernbedingungen zur oberflächlichen Wissenspaukerei zu degradieren, muss solidarisches Lernen ausgebaut werden. Den Studierenden dürfen keine Nachteile gegenüber BAföG-Amt, Krankenkasse, Ausländerbehörde etc. entstehen. Dafür sollen alle Corona-Semester ein Nicht-Semester werden. Um die zusätzlichen Belastungen abzufedern und kritisches Lernen zur Krisenlösung zu ermöglichen, muss der Prüfungsdruck erheblich verringert werden. Prüfungen sollen (optional) als „bestanden“ gewertet, Fehlversuche nicht gezählt, Prüfungen wiederholbar und Art und Umfang von Studien- und Prüfungsleistung angepasst und verringert werden (wie in anderen Bundesländern bereits gehandhabt).

2. Die Uni muss wieder für den Austausch geöffnet werden! Wissenschaftliche Bildung und Forschung leben von Austausch und Begegnung, Mimik und Gestik, auch von spontaner, gegenseitiger Anregung und Inspiration. Es ist klar: Ohne kritisch reflektierende und Argumente abwägende Seminardiskussion kann gesellschaftseinordnendes Wissen nicht erarbeitet und ein wissenschaftliches Arbeiten nicht erlernt werden. Gleiches gilt für die demokratische Selbstverwaltung der Uni. Gerade in Krisenzeiten sind demokratische Lösungsfindungen aller Mitgliedergruppen statt autoritäre Top-Down-Entscheidungen wichtig. Daher sollte die Uni in der aktuellen Situation unter ausreichenden Hygienevorkehrungen so schnell und umfassend wie möglich zum Präsenzbetrieb zurückkehren. Für das Wintersemester bedeutet dies Präsenzlehre mit Hybrid-Veranstaltungen als Ausnahme. Insbesondere die Orientierungseinheiten müssen in Präsenz stattfinden, schließlich geht es um die Neu-Orientierung sowohl räumlich- kultureller, wie auch diskursiv- gesellschaftskritischer Natur. Zudem braucht es eine OE für die Studierenden im zweiten Semester. Die Arbeit der studentischen Selbstverwaltung muss durch die Universität infrastrukturell unterstützt werden, indem z.B. für Vollversammlungen und Veranstaltungen Räume zur Verfügung gestellt werden. Der Zugang zu den wissenschaftlichen Arbeitsgrundlagen, wie Bibliotheksarbeitsplätze, muss schnellstmöglich in vollem Umfang wiederhergestellt werden. Übergangsweise ist auch die Nutzung der Mensen als studentischer Arbeits- und Begegnungsort zu ermöglichen. Kurz: Der Zugang der Studierenden zu den Universitätsgebäuden muss wieder vollends ermöglicht werden – Studierende sind Wissenschaftssubjekte, kein Publikum!

3. Für eine kritische Wissenschaft mit Mut zur Veränderung! Die Krise legt enormen gesellschaftlichen Veränderungsbedarf offen. Wie lässt sich beispielsweise ein Gesundheitssystem so gestalten, dass die Gesundheit von Menschen im Mittelpunkt steht und Pandemien bereits präventiv begegnet werden kann? Wie können menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen für alle geschaffen werden? Wie müssen sich die Eigentumsverhältnisse dafür ändern? Wie lässt sich die Rechte zurückdrängen? Und wie lässt sich eine Gesellschaft umfassend demokratisieren anstatt autoritärer Einschränkung von Grundrechten in Krisenzeiten? In der Sozialökonomie haben wir gute Bedingungen, um in Seminaren, Themensemestern und Forschung an entsprechend notwendigen gesellschaftlichen Transformationen mitzuarbeiten. Alle Unimitglieder sind eingeladen sich hieran zu beteiligen und die Resolution zu unterstützen.

Die auf der Vollversammlung am 16.06. beschlossene Resolution des Fachbereichs Sozialwissenschaften findet ihr hier:

<https://fsrsowiuhh.noblogs.org/post/2020/06/19/fur-eine-solidarische-universitat/>